

Herrn HFD-Ausschussvorsitzenden
Kurt Weldert
- im Hause -

Der Fraktionsvorsitzende

Sebastian Sehlbach
Riedbahnstr. 6
64331 Weiterstadt
Tel.: 06150/1873613
E-Mail: info@cdu-weiterstadt.de

Weiterstadt, 23.03.2025

Änderungsanträge zum Haushalt bzw. Investitionsprogramm 2025

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

ich bitte Sie hiermit, folgende Änderungsanträge auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses am 24. März 2025 zu setzen:

Änderungsantrag 1: „Erhöhung der Spielapparatesteuer mit Gewinnmöglichkeit auf 25 v. H. der Bruttokasse“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Weiterstadt wird in § 4 Steuersätze unter 1. wie folgt geändert:

„Die Steuer beträgt zu § 2 a):

je angefangenem Kalendermonat und Apparat

1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeit

a) in Spielhallen 25 v. H. der Bruttokasse

b) in Gaststätten und an sonstigen Aufstellungsorten 25 v. H. der Bruttokasse“

Begründung:

Aufgrund neuer Gerichtsentscheidungen kann die Spielapparatesteuer auf 25 % angehoben werden. Dies sollten wir sowohl aus präventiven als auch aus monetären Gründen gleichermaßen ab dem Jahr 2026 tun. Eine unterschiedliche Abgabenhöhe zwischen Spielhallen und Gaststätten u.a. sollte es nicht mehr geben, sondern eine einheitliche Steuerhöhe.

Änderungsantrag 2: „Streichen der Investition Müll- und Geräteeinhausung Bürgerhaus Braunshardt“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Investition „Müll- und Geräteeinhausung Bürgerhaus Braunshardt“ (IN5008-025) in Höhe von 40.000 € wird aus der Finanzplanung bis einschließlich 2028 gestrichen.

Begründung:

Aufgrund der derzeit schwierigen Haushaltslage, die bis 2028 anzudauern droht, ist kein Spielraum für diese Investition als rein freiwillige Leistung.

Änderungsantrag 3: „Streichen der Mittel für den DadiLiner“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Haushaltplan 2025 eingeplanten Mittel in Höhe von 90.000 € für den DadiLiner in Produkt 12.07.07 werden gestrichen.

Begründung:

Der DadiLiner wurde zum Jahresende 2024 eingestellt und es sind uns keine Ersatzlösungen für das Jahr 2025 bekannt, die eine weitere Einplanung dieser Finanzmittel, noch dazu in einer sehr prekären Haushaltslage als rein freiwillige Leistung, rechtfertigen. Daher sind sie zu streichen.

Änderungsantrag 4: „Pauschale Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 10 %“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Konten 60, 61, 67 – 69) werden pauschal um 10 % auf 12.187.513,80 € gekürzt.

Begründung:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen im Entwurf vom Haushalt 2024 auf den Haushalt 2025 um ca. 3,1 Millionen Euro. Diese Steigerung um knapp 30 % innerhalb eines Jahres ist zu viel und nicht in Gänze nachvollziehbar. Daher sollten die Sach- und Dienstleistungen um 10 % auf 12.187.513,80 € reduziert werden, was immer noch eine Steigerung um ca. 1,75 Millionen € bzw. ca. 20 % bedeutet.

Änderungsantrag 5: „Festschreibung des Stellenplans auf 350 Stellen“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 wird auf eine Maximalzahl von 350 Stellen festgeschrieben. Über die Reduzierung des Stellenplans von 353,5 Stellen um 3,5 Stellen auf 350 Stellen entscheidet der Magistrat anhand einer Priorisierung. Die entsprechende monetäre Reduzierung der Personalaufwendungen ist dann ebenfalls anzupassen, je nach Eingruppierung der Stellen.

Begründung:

Aufgrund der Beantwortung von Frage 1 der SPD/FWW-Fraktionen waren zum Jahresende 2024 13,25 Stellen unbesetzt. Daher ist auch im Verwaltungsbereich eine kleine Einsparung von ca. 1 % der Personalstellen möglich. Der Magistrat sollte daher anhand einer Priorisierung entscheiden, welche Stellen entbehrlich sind.

Änderungsantrag 6: „Vertiefende Untersuchung der Produktbereiche 1 und 2“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die vertiefende Untersuchung der Produktbereiche 1 (Innere Verwaltung) und 2 (Sicherheit und Ordnung) werden 100.000 € eingeplant. Zusätzlich sind noch Fördermittel bei dem zuständigen Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz für die „vertiefende Untersuchung bei der Beratung von Kommunen in Fragen der Haushaltspolitik“ in maximaler Höhe von 50.000 € zu beantragen.

Begründung:

Nach dem sehr informativen Beratungsgespräch am 26. Februar 2025 im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz sollten wir die dort gemachten Empfehlungen auch weiterverfolgen. Daher könnte mit einer vertiefenden Untersuchung der Produktbereiche 1 (Innere Verwaltung) und 2 (Sicherheit und Ordnung) begonnen und hierfür auch Fördermittel beantragt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Sehlbach
Fraktionsvorsitzender